

Königsberger Hartungsche Zeitung.

Die Nöte des Reichschatzsekretärs.

Steuerleiden kennt nicht nur der Steuerzahler, sondern vor allem der Reichschatzsekretär, der selber Steuerzahler ist, aber außerdem auch noch die unangenehme Pflicht hat, dafür zu sorgen, daß das Geld im Kasten klingelt, und dem Reich die zur Aufrechterhaltung seiner Machtstellung und zur Führung der Verwaltung erforderlichen finanziellen Mittel zur Verfügung stehen. Die Erfüllung dieser Aufgabe ist um so schwerer, als der Reichschatzsekretär nicht wie in Preußen der Finanzminister ein Gleicher unter Gleichen, sondern nur als ausführendes Organ ein Untergebener des ihm vorgelegten Reichskanzlers ist. Aus dieser Verschiedenartigkeit der Stellung des Reichschatzsekretärs und des preussischen Finanzministers hat sich mehr als einmal das Uebergewicht des Leiters der preussischen Finanzen gegenüber dem Reichschatzsekretär des Reichshofamts ergeben, niemals aber mehr, als in der Zeit, da ein Miquel Finanzminister war.

In Preußen ist seit 1890 nur zweimal ein Wechsel im Finanzministerium erfolgt: als Miquel unfreiwillig schied und sein Schüler Frhr. v. Rheinbaben ihn ablöste, sowie vor einigen Jahren, als Frhr. v. Rheinbaben in die Rheinprovinz als Oberpräsident ging, damit angeblich eine Homogenität im Staatsministerium herbeigeführt werden könnte. Im Reichshofamt dagegen ist es allein im letzten Jahrzehnt zugegangen wie in einem Laubenschlag: auf den Diplomaten Frhrn. v. Thielmann, der wie Johann der muntere Seifenhändler stets frohe Bieder jung auf die Reichsfinanzen, mochte das Reichsfinanzamt auch immer größer werden, folgte Frhr. v. Stengel, der aber nur eine kleine Finanzreform zustande brachte und alsdann dem Staatssekretär Sydow den Platz räumte, der den Kampf um seine Reichsfinanzreform mit der Erklärung einer *conditio sine qua non* eröffnete und schließlich ausgelacht wurde, als er nach häufigem Wechsel der Ansichten zu behaupten wagte, die verbündeten Regierungen hielten in einer bestimmten Frage an ihrem Standpunkt fest.

Auf Sydow folgte im Sommer 1909 Reichschatzsekretär Bernuth, ein Mann, der fest entschlossen war, die Rückkehr zur altpreussischen Sparbarkeit wirklich zur Wahrheit zu machen, aber bei dem ersten Versuch, eine Steuer für die Besten durchzuführen, scheiterte, weil er vom Reichskanzler im Stich gelassen wurde. Sein Scheitern erfolgte so plötzlich mitten in der parlamentarischen Saison, daß nichts übrig blieb, als den Unterstaatssekretär Kühn zum Staatssekretär aufzurufen zu lassen. Derart haben in zehn Jahren nicht weniger als fünf Staatssekretäre an der Spitze des Reichshofamts gestanden. So reich ist der Verbrauch an Staatskassanern in keinem anderen Ressort der Verwaltung gewesen.

Reichschatzsekretär Kühn hat die feierliche Erklärung abgegeben, daß er an dem Vermutlichen Grundjahr, keine neue Ausgaben ohne Deckung, festhalten wolle. Wenn er wirklich entschlossen ist, aus dieser Erklärung die Konsequenzen zu ziehen, so wird vielleicht auch seines Bleibens nicht mehr lange im Reichshofamt sein. Denn schon die Einlösung seines Versprechens, bis zum April eine Defizitvorlage dem Reichstag zugehen zu lassen, steht auf starkem Schwiemleiten. Die Konferenz der bundesstaatlichen Finanzminister hat am 4. Januar — darüber kann kaum ein Zweifel herrschen — ein für den Leiter der Reichsfinanzen wenig erfreuliches Ergebnis gehabt. Schon werden starke Mehrforderungen für Westpreußen angekündigt, und wenn es nach den Wünschen des Westpreußen geht, wird Reichschatzsekretär Kühn, ganz abgesehen von einer Defizitsteuer, auf neue Steuern bedacht sein müssen, die einen Ertrag von 50 Millionen und mehr im Jahre sichern.

Im Jahre 1908, als der Kampf um die große Reichsfinanzreform begann, glaubte Reichskanzler v. Bülow das Reichsfinanzamt für eine lange Reihe von Jahren brauchen zu können. Die damalige Reichsfinanzreform ist ganz anders ausgefallen, als sie gedacht war. Noch sind seit deren Durchführung nicht vier Jahre vergangen, und schon quälten den Reichschatzsekretär neue Steuerleiden. Die Steuerzahler sind so geblüht geworden, daß sie neue Steuern jetzt schon fast wie eine Schwärze des Himmels, als etwas Unermeßliches, hinnehmen und ihr Widerstand weit weniger in Betracht kommt als die Qual des Reichschatzsekretärs, neue Steuerquellen überhaupt noch zu finden. Diese Qual würde allerdings sofort aufhören, wenn ein wirklich selbständiger Reichsfinanzminister da wäre, der eine vor allem die starken Schultern belastende Steuer, d. h. also eine wirkliche, allgemeine Defizitsteuer, durchzuführen vermöchte.

Ohne Cohn kein Fahnenband! Eine erbauliche Wahlkomödie.

Die Reichstagswahl in Nordhausen im Januar vorigen Jahres war bekanntlich zugunsten des Sozialdemokraten Dr. Cohn ausgefallen, weil die Konservativen und Bündler sich nicht dazu entschließen konnten, für den fortschrittlichen Kandidaten Dr. Wiemer in der Stichwahl einzutreten, sondern ihre Stimmen zum Teil direkt dem Sozialdemokraten zuwandten. In dem fortschrittlichen Protest war unter Hervorhebung drastischer Einzelheiten behauptet worden, daß sogar dem amtlicher Seite die Wahl des Sozialdemokraten gefördert worden sei. Es liegt nunmehr eine Ergänzung des damaligen Wahlprotokolls vor, die sich hauptsächlich mit der berühmten gewordenen Angelegenheit des Fahnenbandes für einen Kriegerverein beschäftigt. Die darin mitgeteilten Tatsachen sind so charakteristisch, daß wir davon hier Notiz nehmen wollen.

Der fortschrittliche Wahlprotokoll nimmt darauf Bezug, daß in dem früheren Protest unter Beweis gestellt wurde, der Ortsvorsteher Rodtrob in München-Lobna habe, am Tage vor der Stichwahl dem Hauptmann des Kriegervereins in Friedrichslobna unter Bezug auf seine, des Rodtrob, Eigenschaft als Reservist, besorgt, dafür zu sorgen, daß Dr. Wiemer nicht gewählt werde, und er habe ihm versprochen: Wenn Cohn gewählt wird, bekomme ich ein Fahnenband, sonst nicht. Dieses Versprechen ist in amtlichen, so schreibt der Wahlprotokoll, erfüllt worden: Bei der Reichstagswahl 1907 waren in Friedrichslobna 128 Stimmen abgegeben, darunter 51 für den sozialdemokratischen Kandidaten. Der Landrat des Kreises Grafschaft Hohenstein erklärte damals, daß er eine Entschuldung des Fahnenbandes an den Kriegerverein nicht befürworten könne, da er vermuten müsse, daß Mitglieder des Kriegervereins sozialdemokratisch gewählt hätten. Beweisen ließ sich diese Vermutung damals nicht. Bei der Stichwahl 1912 dagegen stand es außer Zweifel fest, daß der sozialdemokratische Kandidat Stimmen von Kriegervereinsmitgliedern erhalten hat. Es wurden bei der Stichwahl 130 Stimmzettel abgegeben, von denen 19 unbeschrieben waren, 83 auf Dr. Wiemer und 78 auf Dr. Cohn lauteten. Unter den 111 Wählern befanden sich 52 Kriegervereinsmitglieder. Hiernach müssen mindestens 17 Kriegervereinsmitglieder ihre Stimme für Dr. Cohn abgegeben haben. Infolge der Erklärung des Ortsvorstehers Rodtrob haben die sozialdemokratischen Mitglieder des Kriegervereins aus ihrer poli-

tischen Gefinnung kein Hehl mehr gemacht, sondern sich offen zur Sozialdemokratie bekannt, und zwar teils durch Abonnement auf sozialdemokratische Zeitungen, teils durch den Beitritt zur sozialdemokratischen Bergarbeiterorganisation, teils durch Anbringen von Bildern sozialdemokratischer Abgeordneter in ihren Wohnungen; es sind dies etwa der vierte Teil aller Vereinsmitglieder.

Trotzdem hat der Landrat des Kreises Grafschaft Hohenstein nach der damaligen Stichwahl die Verleihung des Fahnenbandes an den Kriegerverein befürwortet; in Erfüllung des Versprechens des Ortsvorstehers Rodtrob fand im September 1912 die Uebergabe des Fahnenbandes durch den Landrat in Gegenwart des Ortsvorstehers an den Kriegerverein Friedrichslobna statt. Auch sonst weiß der Wahlprotokoll noch über mancherlei charakteristische Vorgänge zu berichten.

Die Wahlprüfungscommission wird ja Gelegenheit haben, über den Fall Nordhausen in nähere Prüfung einzutreten; schon jetzt aber darf gesagt werden, daß die dortigen Vorurteile ein geradezu leuchtendes Beispiel für die Wahrheit und Gerechtigkeit der konservativen Behauptung sind, daß für jeden „Königstreuen“ Mann der einzige Feind die Sozialdemokratie sei!

Viehhandel und Fleischartung.

Der Bund der Viehhändler Deutschlands hatte für gestern eine Versammlung nach Berlin einberufen, die, wie wir den vorliegenden Berichten entnehmen, nach längerer, in maßvollem Ton gehaltenen Reden des Vorsitzenden Daniela und des Generalsekretärs Scholz eine Resolution annahm, in der mit Entschiedenheit gegen die Verschuldung protestiert wurde, als seien die Viehhändler die an der Fleischartung Schuldigen; durch die langfristigen Lieferungsverträge könne niemals eine Stabilisierung der Fleischpreise herbeigeführt werden. An die Stelle der Viehhändler würde bei ihrer Ausschaltung ein Heer von Angelegten treten, die viel teurer arbeiten würden, als es die Viehhändler bisher getan haben.

An der Versammlung nahmen auch die Abgg. Dr. Wendhoff, Fegter und Sieg teil. Bemerkenswert war, daß der Charlottenburger Obermeister Baskke die Solidarität des Fleischergewerbes mit den Viehhändlern betonte, und daß auch der Handelsbund durch einen Redner zustimmend vertreten war. — Die Ausführungen der Redner bestärkten die Auffassung, daß der Viehhandel in der gegenwärtigen Zeit der Tierzucht seine vollwertigste Aufgabe in einer Weise erfüllt habe, die sowohl die Interessen der Konsumenten wie die der produzierenden Landwirtschaft wahrzunehmen geeignet war. Gerade die Tätigkeit des Viehhändlers, auch das letzte Schlachtfleisch Stück Vieh im Stall des Landwirts anzufinden und es dem Ort des Bedarfs anzuführen, hat eher zu einer Abschwächung der Tierzucht, als zu einer einseitig bewirkten Steigerung derselben beigetragen.

Alle Versuche von agrarischer Seite, dem gewerblichen Mittelstande die Schuld an den unerfreulichen Zuständen zuzuschreiben, vermögen die Tatsache nicht zu verschleiern, daß die eigentliche Verantwortung für die Tierzucht nach jeder Seite von der herrschenden Wirtschaftspolitik getragen wird.

Die Friedensaktion der Mächte in Konstantinopel.

v. Berlin, 11. Januar. (Originaltelegramm.) Wie wir heute an zuständiger Stelle erfahren, dürfte die Ueberreichung der Note der Mächte an die Pforte nicht, wie man gestern allgemein annahm, bereits heute, sondern erst am Montag in Konstantinopel erfolgen. Die Reaktion der Note ist zur Begünstigung durch die einzelnen Regierungen festzustellen. Ueber die Form des Schrittes erfahren wir heute, daß die Ueberreichung im Beisein aller Botschafter geschehen wird.

Bis Montag also hofft man die Einigkeit sämtlicher europäischen Großmächte soweit hergestellt zu haben, daß ihre gemeinsame Demarche in Konstantinopel erfolgen kann. Die Diplomatie des vereinigten Europas darf auf die Gewinnung besonderer Vorbeere bei der Vorbereitung dieses Schrittes nicht rechnen. Schon die Verzögerung ihres Vorgehens nimmt der auf Herstellung des Friedens gerichteten Aktion der Mächte einen großen Teil ihrer Wirkung; denn sie deutet auf Unsicherheit und Meinungsverschiedenheiten zwischen den Urhebern, die sicherlich von den türkischen Staatsmännern beachtet und genutzt werden werden. Ein scharfer Druck auf die Pforte ist wohl kaum beabsichtigt. Ein solcher würde mit der bisherigen Politik der Dreimächte und mit ihren zukünftigen Interessen im Orient nicht in Einklang zu bringen sein. Läßt die Türkei wirklich unter dem Eindruck der Vorstellungen der Mächte Adrianopel fahren — einstweilen hat es den Anschein nicht — so würde sie es nur deshalb tun, weil die türkischen Staatsleiter an der Möglichkeit einer neuen Offensive zur Rettung der Stellung verzweifeln, aber sich die Bedingungen des Friedens lieber von den Mächten als von ihren Besiegern vorschreiben lassen wollen — zur Dedung der eigenen Stellung gegenüber den Parteien in der Kammer und den Klubs im Lande. Eine Wiederaufnahme der suspendierten Londoner Besprechungen würde dann wohl die nächste Folge des Eingreifens der Mächte sein.

Rissil konfiziert mit Camou.

v. Konstantinopel, 11. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) Der Großwesir Rissil-Pasha ist gestern Nachmittag um 1/2 Uhr mittels Automobils nach der Tschatalbaschalanie gefahren, wo er mit dem bulgarischen Generalsstabschef Camou eine Unterredung hatte. Gegen 1/3 Uhr kehrte er hierher zurück. Die Pforte unterhandelt gleichzeitig mit Griechenland über die Verständigung bezüglich des Anstehens auf Grundlage der Abtretung von Arta, Theslo, Samothrake und Janina.

Der deutsche Botschafter v. Wangenheim soll, wie auf der Pforte verlautet, in der Konferenz der Botschafter durchgesetzt haben, daß der Kollektivschritt der Großmächte bei der Pforte durchgeführt wurde.

Griechisch-türkische Kämpfe.

Die erste griechische Division in Saloniki erhielt Befehl, sich für den Vormarsch nach Epirus bereit zu halten. Sie kann in ein oder zwei Tagen zur Einschiffung gelangen. Wie man versichert, wird Korymbos Konstantin mit dieser Division nach Janina abgehen. Als Ersatz soll die dritte Division von Korinth nach Saloniki kommen. Authentischen Nachrichten zufolge existieren die griechischen Truppen vor Janina schwere Verluste.

Aus Sofia wird gebracht:

Auf Anordnung des bulgarischen Generalstabes wurde die ganze von der bulgarischen Armee Besetzte Küste des Marmarameeres mit Minen versehen.

Aus Dibra wird gemeldet, daß die Serben zwei Kompanien dorthin entsandten, um die Albanen zu entwaffnen. Diese hätten die serbischen Truppen umzingelt und fast gänzlich angegriffen.

Endgültige Beilegung des Prochaska-Konflikts.

Belgrad, 11. Januar. Zwischen dem österreichisch-ungarischen Gesandten von Ugron und der serbischen Regierung wurde vereinbart, daß die feierliche Öffnung der österreichisch-ungarischen Konsularflagge in Prag am 13. Januar erfolgt. Dem Festakt wird Konsul Prochaska in Galauniform beiwohnen. Ein größeres Detachement serbischer Truppen unter dem Kommando eines Offiziers wird bei der Öffnung der Flagge die vorgeschriebene Ehrenbezeugung erweisen. In Mitroviza werde eine vollkommen analoge Satisfaction in den nächsten Tagen gegeben werden.

Armenische Agitationen.

v. Järich, 11. Jan. (Eigene Drahtmeldung.) Die durch den Balkanrieg geschaffene neue Situation hat die armenischen Studenten an den Universitäten Lausanne und Genf veranlaßt, Delegierte der an den Universitäten mit französischer Vorbildsprache studierenden Armenier zu einer Versammlung einzuberufen. In dieser Versammlung soll über die Einberufung eines allgemeinen Kongresses berätelt werden, auf welchem die zugunsten der Armenier zu veranstaltende Propaganda, sowie die Mittel zur nationalen Verteidigung erörtert werden sollen.

Die „Sultangräber“ von Adrianopel.

Die türkischen Bevollmächtigten der Londoner Friedenskonferenz haben die Forderung des Balkanbundes, Adrianopel an das Königreich Bulgarien abzutreten, u. a. deshalb für unannehmbar erklärt, weil Adrianopel die Ruhestätte verschiedener türkischer Herrscher sei. Eine angebliche Persönlichkeit, die den Orient gründlich kennt, schreibt nun der „Neuen Gesellschaftlichen Korrespondenz“, die Tourist werde vergeblich in Adrianopel nach den Gräbern türkischer Sultane suchen. Sie sollen sich angeblich in der Wüste, die den Namen des Sultans Selim trägt, befinden, aber es ist beim besten Willen in dieser Wüste kein Sultansgrab zu entdecken. Im Übrigen mag es geben, der mit den Sitten und Anschauungen der Anhänger des Islam wohl nur einigermaßen vertraut ist, nicht wenig verwundern, wenn die türkischen Abgeordneten in London sich plötzlich zu einem Unwahrscheinlichen, der ihrem Volk gegenüber fremd ist. Der Türke legt keine Blumen, keine Kränze an der Stelle nieder, die den Sultans Gräbern nächster Verwandten aufsuchen, er findet kein Gedächtnis und er ist nicht das geringste, um sein Graben zu ehren.

Man kann sich eines solchen nicht erwehren, wenn man sich die die Sultangräber in Adrianopel — im westlichen Teil der türkischen Hauptstadt — zu sehen wünschen — mühen und Unruhe um die Pforte der Türkei erdulden müssen. Und man wird in dieser Angelegenheit bestärkt, wenn man sich vergegenwärtigt, daß die Serben jetzt die Stadt Koflowo besetzt halten, wo der Sultan Murad II. am 19. Oktober 1448 einen glorreichen Sieg erfocht, aber am Abend der Schlacht in seinem Zelte erkrankte und starb. Die armenischen Serben sollen bei der Eroberung von Koflowo einen Wachtposten neben einem Sarkophag. Die Türken aber rühren sich nicht. Sie haben ohne ein Wort des Widerspruches in London herbeizugehen ihre Einwilligung dazu gegeben, daß Koflowo, mit dem Grabmal des Sultans Murad II., serbischer Besitz bleiben soll. Dabei war Murad II. in der That der türkischen Herrscher eine ganz andere Persönlichkeit als die Sultane, die vielleicht in der Wüste Selim zu Adrianopel im letzten Schimmer liegen könnten.

Notizen.

Die französische Regierung hat 100000 Francs gestiftet zur Unterstützung von 30000 türkischen Flüchtlingen in Saloniki, die unter Hunger und Kälte leiden; eine ähnliche Maßnahme ist bereits in Konstantinopel getroffen worden.

Die bulgarische „Agence Telegraphique“ bezieht die Meldung aus Konstantinopel, wonach zwischen dem Kommanden der Tschatalbaschalanie ein Schwermüßel stattgefunden habe, als jeder Grundlage entbehrend.

Die Gerüchte über Massenverhaftungen in Konstantinopel, die im Zusammenhang mit der Entdeckung eines Geheimnisses stehen sollen, werden als abgetrieben bezeichnet. Der verhaftete Bertel Tewfik, der frühere Sekretär des Pashas, ist wieder entlassen worden.

Deutsches Reich.

Enghelmann über seinen Berliner Besuch. Der russische Finanzminister General Enghelmann hat sich gegenüber einem Vertreter des Pariser „Matin“ in Wiza über verschiedene aktuelle politische Dinge geäußert, u. a. auch über seinen Besuch in Berlin und seinen Empfang durch Kaiser Wilhelm. Der General sagte angeblich:

„Der Kaiser hat mit mir nicht über Politik gesprochen. Ich bin nur Soldat, Kavallerist, und verstehe nichts von Politik. Die Sprachen nur von Herden und Kavallerie; das war alles.“ Der General fügte jedoch hinzu, „er habe den Eindruck gehabt, daß der Kaiser mit der Haltung Österreichs unzufrieden sei.“ Der Kaiser hat mit mir das nicht selbst gesagt, aber ich glaube das zu erraten.“

Der „Matin“-Vertreter hatte offenbar das Bedürfnis, seinem sonst allzu harmlosen Bericht irgend einen kleinen sensationellen Aufschlag zu geben. Man wird ihm aber nur das Zeugnis ausstellen können, daß er dabei ungewöhnlich tapfer gewesen ist.

Aberlen und Cambou. Im „Journal d'Alsace Lorraine“ ist ein Artikel über den verstorbenen Staatssekretär Aberlen-Wächter erschienen, in dem Mitteilungen einer in Berlin lebenden angeblich hervorragenden französischen Persönlichkeit eingeschlossen sind. Diese hervorragende Persönlichkeit soll sich über Aberlen-Wächter in einer entsprechenden Weise geäußert haben, in einer Weise, die wohl sehr viel Takt noch sehr viel politisches Verständnis errät.

Die „Deutsche Tageszeitung“ hat in einem längeren Artikel die Ansicht geäußert, daß der General Camou der „Journal d'Alsace Lorraine“ der französische Botschafter in Berlin, Jules Cambou sei. Dieser Annahme wird jetzt von Berliner Korrespondenten des „Echo de Paris“ in einer entgegengesetzten Form widersprochen. Der Artikel dort stellt fest, daß jene Äußerungen nicht von Jules Cambou herrühren und er wagt nachzuweisen, daß sie in den beiden größten Gegen-